

Kontaktadresse:
Henning Jakel
Joachim-Becker-Str. 8
6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 06 9 / 566 234

FORUM

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 133 – September 1991

80 Pfg. – Solidaritätspreis: 2 – DM

Inhalt

Kindergartenplätze
Seiten 3
Neue Weltordnung?
Seiten 6 und 7
Flüchtlingspolitik
Seite 12

Im Herbst stehen in den Städten und Gemeinden die Beratungen für den Haushalt 1992 an. In diesem Jahr regiert in vielen Kommunen der Rotstift. Da sollen Leistungen gestrichen oder privatisiert, Stellen eingespart, Einrichtungen geschlossen werden. Sparhaushalte zu Lasten der Bevölkerung werden auf den Weg gebracht. Dagegen muß aktiver Widerstand organisiert werden.

Sparhaushalte in den Kommunen

Stopp die Kürzungen!

Im Herbst stehen in den Städten und Gemeinden die Beratungen für den Haushalt 1992 an. In diesem Jahr regiert in vielen Kommunen der Rotstift. Da sollen Leistungen gestrichen oder privatisiert, Stellen eingespart, Einrichtungen geschlossen werden. Sparhaushalte zu Lasten der Bevölkerung werden auf den Weg gebracht. Dagegen muß aktiver Widerstand organisiert werden.

Die Umverteilungspolitik der Kohl-Regierung zugunsten der Unternehmer hat besonders die Kommunalhaushalte belastet. Einerseits wurden ihnen mehr und mehr Ausgaben aufgestülpt, andererseits die Einnahmequellen beschnitten.

Durch die Gesetzesänderungen der Bundesregierung haben immer mehr Arbeitslose keinen oder nur noch einen verkürzten Anspruch auf Arbeitslosengeld; sie werden zu Sozialhilfeempfängern. So hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger in zehn Jahren (von 1980 bis 1989) auf 1,7 Millionen verdoppelt. 31,6 Milliarden DM mußten die Kommunen 1990 allein für Sozialhilfe aus-

geben. Bereits im ersten Amtsjahr 1983 klatete Kohl den Kommunen durch eine Gewerbesteueränderung 400 Millionen Mark. Die Gewerbesteuer ist die Hauptsteuerquelle der Städte und Gemeinden. Die Grundsteuer – wurde ebenfalls eine Gemeindesteuer – wurde im gleichen Jahr von 7% auf 2% gesenkt. 1987 brachte die nächste Stufe der Steuerreform den Gemeinden bereits Mindereinnahmen von 3 Milliarden Mark.

Mehr Belastungen – weniger Einnahmen

Oberdrauf kommen jetzt noch die Kosten der Einheit auf die Gemeinden zu. Ohne sie auch nur zu tragen, würden die westdeutschen Kommunen mit 24 Milliarden DM am Sonderfond „Deutsche Einheit“ beteiligt (aufzubringen vom 2. Halbjahr 1990 bis Ende 1994). Der Regierungsbeschluss wurde dem Städtetag telefonisch mitgeteilt.

Von kommunaler Selbstverwaltung kann keine Rede sein.

Noch ärger sieht es in den ostdeutschen Kommunen aus. Ihnen stehen nur Steuereinnahmen von 1300 – DM pro Kopf zur Verfügung (im Vergleich zu 4700 – DM im Westen). 1991 dürfen sie keine Gewerbesteuer erheben.

Auch die Bundesländer haben durch die Politik der Kohl-Regierung in Sachen steuerliche Umverteilung und Kürzungen der Einheit eine Verschlechterung ihrer Finanzen zu verzeichnen. Sie haben ihre höheren Belastungen an Gemeinden abgegeben, indem sie vor allem Kosten im Sozial- und Kulturbereich nicht mehr übernommen oder Zuschüsse gekürzt haben.

SPD-Kommunen als Handlanger Bonns?

Bei den Kommunen hat es in den letzten Jahren die größte Verschlebung zugunsten der SPD gegeben. Außer Stuttgart ist jede westdeutsche Großstadt SPD-regiert. Viele Städte haben SPD-Oberbürgermeister. Es ist wohl kein Zufall, sondern bewußte Strategie, die SPD in den Ländern und Kommunen jetzt die Suppe auslöffeln zu lassen, die CDU und FDP eingebröckelt haben. Doch leider sind die SPD-Fraktionen und Stadtoberhäupter nur zu schnell bereit, sich den Schwarzem Peter zu schieben zu lassen. Die Steuergesetze

von diesem Jahr hätten gekloppt werden können, wenn die SPD-Länder ihre Mehrheit im Bundesrat genutzt hätte. Manche SPD-regierten Länder sprechen sich inzwischen sogar offen für eine Mehrwertsteuererhöhung aus, weil sie davon auch einen gewissen Anteil abbekommen würden. Gleichzeitig wunden sich die Genossen Ministerpräsidenten und Abgeordneten darüber, daß die eigene Basis und die Wähler kaum mehr einen Unterschied zwischen CDU- und SPD-Politik sehen. Bei der jetzt anstehenden Haushaltsanierung der Kommunen dürfen die SPD-regierten Städte und Gemeinden die Rotstiftpolitik nicht mitmachen. SPD-Fraktionen und Stadtverwaltungen müssen von der Parteibasis bei diesen Vorhaben gestoppt werden.

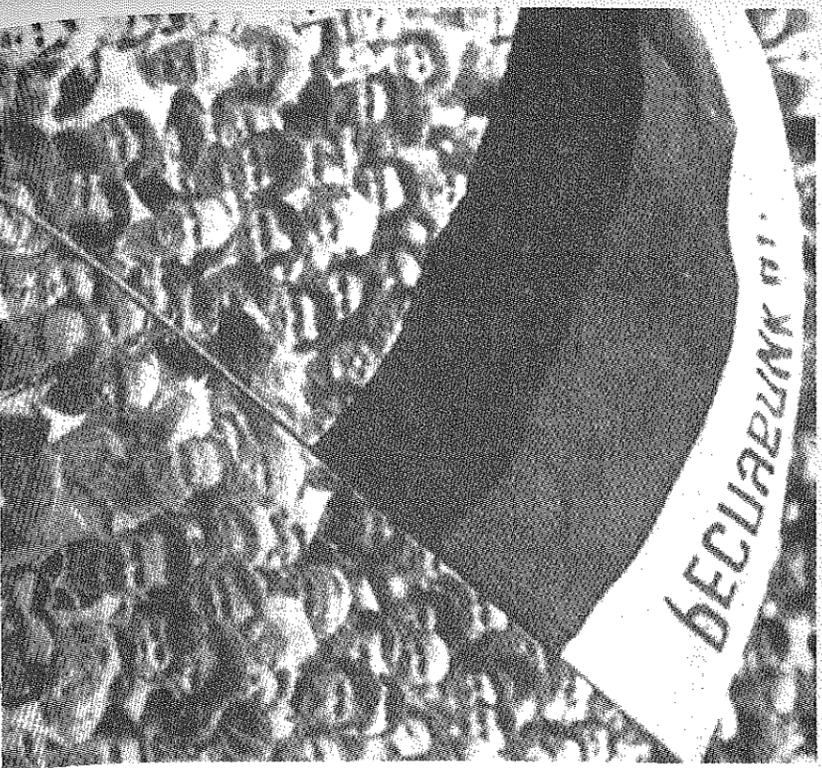
SPD-Kommunalaufbau muß im Interesse der SPD-Wähler sein. D.h. Umverteilung von oben nach unten:
● Gewerbesteuer raus – Gebühren für die Masse der Bevölkerung runter.
● Stopp von Prestigeobjekten für die oberen Zehntausend – Ausbau von sozialen, kulturellen und Sporteinrichtungen für die kleinen Leute.
● Schluß mit Managergehältern in der städtischen Verwaltung und Vorständen kommunaler Einrichtungen, dafür angemessene Bezahlungen und Stellenabbau auf der unteren Ebene.
● Kampf um die Milliarden, die

Bonn den Kommunen geklaut hat: Die Kohl-Regierung soll sich ihr Geld von den Unternehmen holen und nicht von den Kommunen oder der Masse der Steuerzahler.

SPD-regierte Städte, Gemeinden und Länder müssen sich zusammenschließen und einen gemeinsamen Kampf gegen die Umverteilungspolitik der CDU/FDP-Regierung führen.
● SPD-regierte Kommunen müssen jede Kürzungsmaßnahme zu Lasten der Masse der Einwohner strikt ablehnen, ihre Finanzlage offenlegen und eine Kampagne gegen die Geldklauer aus Bonn und aus den Chetätigen der Konzernorganisationen, um die Bevölkerung zu mobilisieren.

Die Nutzung der Bundesratsmehrheit für die Blockierung von Kohls arbeitnehmerfeindlicher Politik verbünden mit der Forderung nach Neuwahlen würde die Kohl-Regierung binnen kurzer Zeit in die Knie zwingen. Schon jetzt haben jüngste Urfragen ergeben, daß die Regierungskoalition in Bonn keine Mehrheit mehr hinter sich hat. Ursel Beck, Stuttgart
SPD-Mitglied

Zum Widerstand gegen kommunale Sparhaushalte siehe auch Berichte auf Seite 4



Demonstranten vor dem russischen Parlament: Jelzin wird als „Mann der Stunde“ gefeiert. – Was hat er zu bieten?

UdSSR – Wie weiter?

Die Bevölkerung in der Sowjetunion kann erstmal aufatmen. Innerhalb von zwei Tagen waren die Putschisten am Ende. Ausschlaggebend für ihre Kapitulation war ihre eigene Unentschlossenheit. Und dahinter stand die Angst vor dem Widerstand der arbeitenden Bevölkerung gegen Putsch und Militärdiktatur vor der Unzuverlässigkeit der eigenen Soldaten und nicht zuletzt mangelndes Selbstvertrauen in die eigene Fähigkeit, Wirtschaft und Staat wieder auf Vordermann zu bringen.

Die ersten Stellungnahmen der westlichen Politiker am Morgen des Putschversuchs sollten wir nicht vergessen: Vorsicht, Zurückhaltung, Abge-

sang auf Gorbatschow, „sorgfältige Prüfung“ des Programms der Putschisten, „Ernährung“ zur Einhaltung der Menschenrechte. Erst später rangen sich Kohl und Bush zu etwas deutlichen Worten durch, die immer „kühner“ wurden, je deutlicher sich das Scheitern abzeichnete.

Die westlichen Regierungen hätten sich ohne mit der Wimper zu zucken mit einer Junta arrangiert. Ehrent sei nur, wie schnell die Normalität der Beziehungen zwischen China und dem Rest der Welt nach dem Massaker auf dem Tiananmen wiederhergestellt war. Profite und politische Stabilität – das ist alles, woran die westlichen Herrschenden interessiert sind. Diktatorische Re-

gimes sind für diese hohen Ziele hinzunehmen, sowohl in den osteuropäischen Ländern wie auch in Chile, Südafrika und anderen Staaten der „Dritten Welt“.
Der geschweifte Putschversuch ist eine ernste Warnung an die Arbeiter und Jugend in der Sowjetunion. Das Land befindet sich in einer Sackgasse. In den letzten Jahren hat sich die Versorgungslage rapide verschlechtert. Von durchgreifender Demokratisierung kann ebenfalls keine Rede sein.

Fortsetzung auf Seite 9
mit Augenzwinkerbericht aus Moskau

Hintergrund

Die PDS im Niedergang

„In geringem Maß politikfähig“

Die sozialen Probleme in Ostdeutschland nehmen zu. SPD- und Gewerkschaftsführer halten am Burgfrieden mit CDU und Unternehmen fest. Trotzdem befindet sich die mitgliederstärkste Partei Ostdeutschlands, die sich als Interessenvertreterin der Ostdeutschen und linke Alternative zu SPD und Grüne/Bündnis 90 darzustellen versucht, im Abwärtstrend. „Bild“, „Kurier“ und „Super“ beschwören: PDS = SED = Stasi = Verantwortlich für alle früheren und aktuellen Missstände. Sind die auflagenstarke, heuchlerische Lügenpropaganda, die von Kohl und Unternehmerverantwortung für die Misere ablenken soll, und die Treuhänderverantwortung Ursache für den Niedergang der PDS? Oder liegen die Gründe nicht vielmehr in der PDS selbst?

Die Mitgliedschaft ist allein in der ersten Jahreshälfte um 40.000 auf 250.000 gesunken. Im gleichen Zeitraum gab es nur einige hundert Neueintritte. 60% der Mitgliedschaft sind über 50 Jahre alt. Die Betriebsgruppen der PDS (in Berlin auf Papier immerhin noch über 60) sind auf Tausendstation und greifen in die Tarifkämpfe nicht organisiert ein. Die aktive Mitgliedschaft der PDS-Jugendorganisation „AG Junge Genossinnen“ ging aufgrund allgemeiner Rat- und Tatlosigkeit stark zurück. Viele spielen mit dem Gedanken, sich Ökolinken um Jutta Dittfurth anzuschließen oder äußern öffentlich, „einen besseren Draht zu Jusos als zur eigenen Partei zu unterhalten“.

Zudem scheiterte die Westausdehnung, denn in Westdeutschland hat die PDS keinerlei Tradition und ist weder

bei Angestellten noch in der Intelligenz verankert, wie das in Ostdeutschland zum Teil der Fall ist. Damit bleibt die PDS eine regionale Partei ohne jede Aussicht, die 5%-Hürde bei der nächsten Bundestagswahl zu überschreiten. Doch auch in Ostdeutschland bröckelt ihre Basis. Verlor die PDS schon ein Drittel ihrer Wählerschaft zwischen der Volkskammerwahl im März 1990 und der gesamtdeutschen Wahl im Dezember 1990, so liegt sie heute in allen Umfragen nur noch bei 6,5% in Ostdeutschland. Der Verfallsprozess entwickelt seine eigene Dynamik. Resignation in Form von Austritt oder Nichtwählens oder aber der Wechsel zu anderen einflussreicheren Parteien sind die Folge.

Die Reaktion der PDS-Führer auf diese desolatte Situation spricht Bände.

Bremer Bürgerschaftswahlen am 29.9.91 Wählen gehen – und für Veränderungen kämpfen

Auch das zweitkleinste Bundesland hat in den vergangenen vier Jahren vom allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands profitiert. Kennzeichen dafür sind vor allem die Arbeitslosenzahlen, die im Vergleich zur Periode 1983-87 nun rückläufig sind. Somit hat sich die wirtschaftliche Situation der Bremer verbessert.

Es wurden Fortschritte in der Drogenpolitik (von der Mathadonabgabe profitiert allerdings nur die Stadt Bremen, nicht aber Bremerhaven) und geringere in der Bildungspolitik erzielt. Es wurden zwar Lehrer eingestellt, aber nicht genügend; genau wie bei den KITAS, wo nur das Notdürftigste getan wurde.

Trotz der nun vorherrschenden verbesserten wirtschaftlichen wie auch sozialen Situation im Lande Bremen durch die Maßnahmen der schon seit mehreren Jahrzehnten regierenden SPD hat diese Politik sich nie zu durchgreifenden Reformen entschieden – im Gegenteil. Die sozialdemokratische Politik ist eingefahren und orientiert sich eher an Unternehmer- als an Arbeiterinteressen. Parteienhilfe hat sich gebildet. Leider war bisher die innerparteiliche Opposition nicht stark genug, dies zu verhindern. Trotz dieser offenkundig beunruhigenden Lage können wir den bremischen Wählern nur raten, die SPD zu wählen. CDU und FDP stehen für strikte Sparpolitik und sind rechte Unternehmerparteien. Die CDU hat schon allein durch ihren lächerlichen und dummen Wahlkampf (die Bremer CDU wünscht uns „schöne Ferien“) bewiesen, daß sie als Landesregierung nichts taugt. Die Grünen sind relativ inaktiv und politisch unbedeutend geworden.

Wählen allein ändert jedoch nichts. Unsere Aufgabe als sozialistische Basis ist es, für eine andere Politik der SPD einzutreten. Auch wir haben unseren Beitrag zum Kommunalwahlkampf geleistet, indem wir anhand von Flugblättern unsere Positionen darstellten, die deutlich weitergehen, als die der SPD. Wir fordern die massive Förderung des Wohnungsbaus, autofreie Innenstädte,

die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs gekoppelt mit Nulltariffordnungen, eine progressive Drogenpolitik (u.a. Entkriminalisierung des Konsums von sogenannten „leichten“ Drogen, z.B. Haschisch, Methadonabgabe; mehr Hilfe für Abhängige), ausreichende Neueinstellungen von Lehrern und Erzieherinnen und die Verstärkung des Baus von sozialen Einrichtungen. Wir verlangen von unserer Mutterpartei, daß sie sich für unsere Forderungen einsetzt.

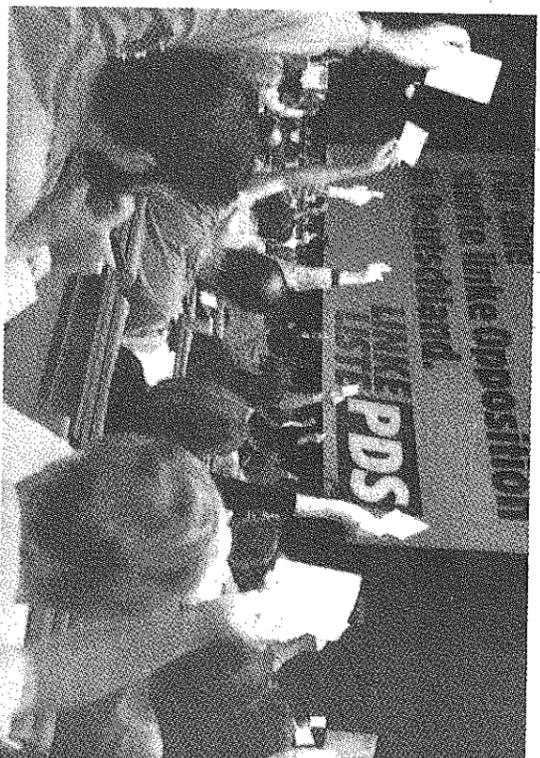
Ausländerpolitik

Ein weiteres für uns wichtiges Thema wurde im Bremer Wahlkampf ausgedacht: die Asylpolitik. Nachdem bei der Bürgerschaftswahl 1987 die DVU (Deutsche Volksunion), die sich die Ausländernetze auf die (Wahlkampf) Fahnen geschrieben hat, erschreckendweise in die Bremer Bürgerschaft und die Bremerhauser Stadtverordnetenversammlung eingezogen ist, ist die Ausländerfrage auch dieses Jahr ein heiß diskutiertes Thema. Die bürgerlichen Parteien stehen den rechtsextrremen Ausländerfeindlichkeit nicht nach. Allerdings gibt auch die SPD dem Druck von rechts nach: „Es muß deshalb alles getan werden, um einen zunehmenden unkontrollierten Zustrom von Asylbewerbern zu verhindern. Die Grenzkontrollen müssen verstärkt und die Einreise- und Transitzbestimmungen verschärft werden (...)“ (aus dem Bremerhauser Kommunalwahlprogramm).

Gegenüber solchen Einstellungen müssen wir unsere Position klar darstellen: Wir fordern das Bleiberecht für alle, die bestmöglichen Integrationshilfen und das Ausländerwahlrecht.

Rechtsextrême Parteien profitieren von niedriger Wahlbeteiligung. Nichtwählen nutzt also nur den Rechten. Die SPD war in ihrem Ursprung eine sozialistische Arbeiterpartei. Von diesem Kurs ist sie weit abgekommen. Unsere Aufgabe ist es, sie wieder zu einer solchen zu machen.

Sonja Larson, Bremerhauser
Jungsozialistin



Wahlkongress der PDS/linke Liste im September 1990. Die Westausdehnung ist gescheitert, der PDS lauten die Mitglieder davon.

Wahlkongress – rechtzeitig vor dem Juni-Parteitag – die Notbremse. Der wesentliche Grund des Verfalls besteht in der Unfähigkeit der PDS, eine Alternative zu Kapitalismus und Stalinitismus aufzuzeigen und sich durch einen of-

André Brie, stellvertretender Vorsitzender, begrünzte sich mit der Feststellung, die PDS sei nur in „geringem Maße politikfähig“ und Gysi zieht per Rücksichtnahme nicht einmal gegen die fast

fensiven Kampf für Arbeiterdemokratie in der Jugend und unter Arbeitnehmern zu verantern. Die PDS mobilisierte nicht einmal gegen die fast

1000%ige Fahrpreiserhöhung im ÖPNV in Berlin, obgleich die „AG Junge Genossinnen“ gemeinsam mit den Jusos zu einer Nulltarif-Demo aufriefen. Und ob sie im Herbst einen gut organisierten Kampf gegen die Mief-

Diskriminierende SPD-Politik im Kreis Aachen Asylbewerber – Menschen zweiter Klasse?

Eine bislang „einmalige“ Zählung der Asylbewerber wurde am 4. Juni im Kreis Aachen durchgeführt. Alle 4200 registrierten Asylbewerber erhielten eine Vorladung, wurden dann in Turnhallen wie Tiere zusammengepfercht und gezählt, und erhielten ihre Sozialhilfe.

Der SPD-gelegte Kreis Aachen hat mit dieser Zählaktion einen Datenabgleich zwischen Sozial- und Ausländerämtern durchgeführt, um „Sozialhilfeberechtigter“ zu überführen. Weiterhin war dieser Termin „Zähltag“ für die Asylbewerber, an dem sie sich ihre Sozialhilfe abholen mußten. (Seit Anfang Juni wird das Sozialhilfegeld nicht mehr auf die Konten überwiesen, sondern zweiwöchentlich an diesen sogenannten „Zähltagen“ ausgezahlt.) Bei Nichterscheinen wurde ihnen mit der Einstellung der Sozialhilfeleistungen gedroht.

Behandlung wie Kriminelle

Die Vorladung zu diesem Termin las sich wie die eines Verbrechens zu einer Gerichtsverhandlung. Dadurch, daß nicht nur verdächtige Personen, sondern alle Asylbewerber, selbst Kleinkinder und Babys, vorgeladen wurden, wurde allen Sozialhilfebezug unterstellt und somit alle Asylbewerber in aller Öffentlichkeit kriminalisiert.

Diese jeglicher Rechtsgrundlage entbehrende Zählaktion hatte gemessen am angeblichen Ziel wenig Erfolg. Von 4200 Asylbewerbern reichten 1300 Widersprüche ein oder blieben der Identitätskontrolle fern. Von den 2900, die zur Zählung erschienen, sind 54 festgenommen worden. Von diesen 54 wiederum mußten 38 aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen werden. 16 befinden sich noch in Untersuchungshaft, das sind bezogen auf die 2900 erfaßten Asylbewerber gerade 0,55%.

Diese Aktion war nicht von der Absicht geleitet, gegen Mißbrauch vorzugehen, sondern einzüg und allein poli-

tisch motiviert, um Druck auf die Asylbewerber auszuüben.

Die „konsequente“ Abschreckungspolitik der SPD im Kreis Aachen, die von der rechten örtlichen Presse mit eindeutig feindsendlicher Propaganda flankiert wird, ist klares Anzeichen dafür, daß Diskriminierung und Difamierung von Asylbewerbern inzwischen wieder zu einem politischem Mittel geworden sind, um von großen gesellschaftlichen Problemen, wie Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, ansteigende Inflation, Steuererhöhungen etc. abzulenken. Die Asylbewerber werden dadurch ganz gezielt zu Sündenböcken gemacht, und als Folge davon von einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung angefeindet und bedroht.

Vorreiterrolle des Kreises Aachen

Die Verwaltung der Stadt Aachen hat sich die „fortschrittliche“ und „so-

preiserhöhung aufnimmt, darf bezweifelt werden.

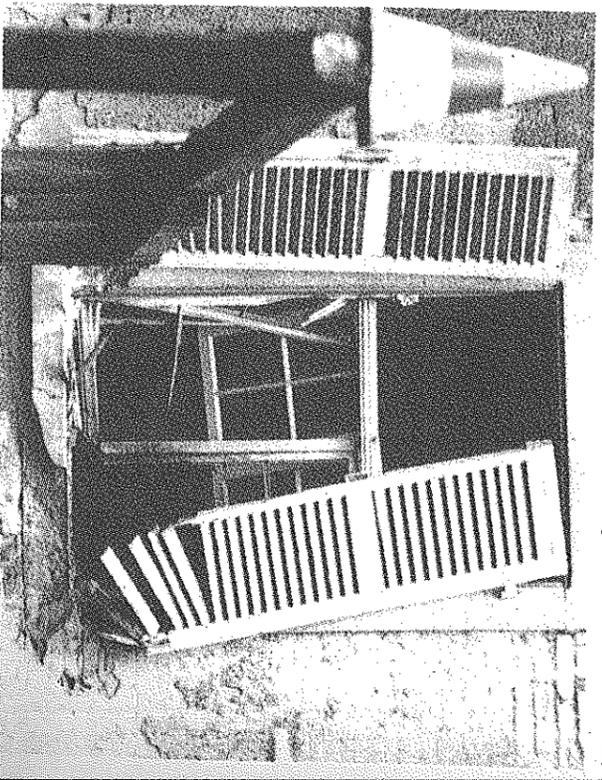
Trotz ehrlicher Anstrengung z grundlegenden Erneuerung der PT von Teilen der Basis, vor allem aus vieler junger Genoss(in)en und Sympathisanten, rettete sich der alte Funktionärskader in die neue kapitalistische Gesellschaft und sorgte so für Konnuität.

Kein Rückgrat

Auch Gysi spritzige und offensiv Angriffslust, die viele beeindruckt, vermag nicht zu verdecken, daß dem Aparat das Rückgrat und eine in der von abhängigen Arbeiterbewegung entstandene Tradition fehlt, um eine sozialistische Partei in Deutschland aufzubauen. Eine zweite, kleinere sozialdemokratische Partei in Deutschland ist jedoch politisch überflüssig, im Pa der PDS wegen nicht aufgetretener Vergangenheit zudem unglaubwürdig. Die PDS wird sich nicht in der Arbeitnehmerschaft verankern können.

Die Juso-Linke sollte sich anstrengen, möglichst viele junge Genoss(in)en der PDS, die eine sozialistische, kämpferische Jugendorganisation in Deutschland aufbauen wollen, vor Demokratisierung oder Sektierertum zu bewahren und sie in die eigenen Reihen aufzunehmen. Dies kann die Juso-Linke nur, wenn sie zeigt, daß sie nicht das linke Feigenblatt der rechten SPD-Führung ist, sondern den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fortsetzt, eine marxistische Massenkraft in der deutschen Arbeiterbewegung aufzubauen.

Thomas Berger, Berlin
Jungsozialist



Asylbewerberwohnheim nach einem Anschlag: Diskriminierende Politik schürt Ausländerfeindlichkeit.

(mehr zur Asyldebatte auf Seite 12)

Aktuelles

Neues KiTa-Gesetz in NRW

Der Kindergartenplatz - ein Luxus?

In Nordrhein-Westfalen soll 1992 ein neues Gesetz über „Tageseinrichtungen für Kinder“ in Kraft treten. Der Name ist vielversprechend und die Erwartungen der Eltern und Erzieher sind hoch - denn in einem Punkt sind sich alle einig: das alte „Kindergartengesetz“ von 1971 ist längst überholt und entspricht in vielen Teilen nicht mehr den heute allgemein anerkanntesten pädagogischen Vorstellungen. Dennoch regt sich landesweit Umut, der aber nur selten in der Öffentlichkeit zu vernehmen ist.

Der neue Titel des Gesetzes ist nicht nur ein Motto, sondern auch ein wesentlicher Fortschritt. Das Gesetz regelt nun neben den „normalen“ Kindergärten für Drei- bis Sechsjährige auch solche Einrichtungen wie altersgemischte Gruppen (vier Monate bis sechs Jahre) und Hortplätze für Schulkinder, die bisher nur über freiwillige Finanzierungspläne des Landes unterstützt wurden.



Wie hier in Aachen haben Elterninitiativen landesweit in der Öffentlichkeit über das neue Tagessättelgesetz informiert, insgesamt über 30.000 Unterschriften gesammelt und mit ihren Protesten eine kleine Nachbesserung des Gesetzeswortes erreicht.

Unter Berücksichtigung der angestrebten zusätzlichen 100.000 Tagessättelplätze sind 8000 bis 10.000 neue Stellen für Erzieherinnen) zu schaffen - doch so viele Ausbildungsplätze gibt es gar nicht. So bleibt die Befürchtung, daß die Gruppenstärken steigen und bei fehlendem Personal der Kindergärten zur reinen Verwahranstalt wird.

Längere Öffnungszeiten ohne mehr Personal

Ähnliches gilt für die Neuregelung der Öffnungszeiten: Die Tageseinrichtungen sollen ihren neuen Namen bekommen.

Kernenergie

Verwirrspiel mit Methode

Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten in der Frage der Kernenergie ein Verwirrspiel getrieben. Der tote „Schnelle Brüter“ wird offiziell beerdigt, das Planfestellungsverfahren für das Endlager im „Schacht Konrad“ muß weitergehen. Mal sollen zwei Kernkraftwerke in der Ex-DDR gebaut werden, mal wieder nicht. Was steckt dahinter?

Seit der Tschernobyl-Katastrophe vor fünf Jahren ist die überwältigende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung für den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Kernkraftlobby hat einsehen müssen, daß in der BRD der Bau neuer Kernkraftwerke (KKWs) vorläufig nicht durchsetzbar ist - zumindest nicht zu aus ihrer Sicht vertretbaren Kosten.

Für sie geht es in den nächsten Jahren darum, die bestehenden KKWs so lange zu betreiben, wie das technisch möglich ist, sie nicht aus politischen Gründen abschalten zu müssen. Die SPD hat 1986 auf ihrem Nürnberg-Parlament unter dem Eindruck der Tschernobyl-Katastrophe und einer 80prozentigen Mehrheit der Bevölkerung den Ausstieg aus der Kernenergie binnen zehn Jahren nach Regierungsantritt beschlossen.

Druck auf SPD

Der zunehmende Machtverfall der CDU zwingt die Kernkraftlobby, mit SPD-geführten Ländern und gegebenenfalls einer nächsten SPD-geführten Bundesregierung ins „Gespräch“ zu kommen. Mit anderen Worten, sie wol-

entlich ist und auch bei uns weitergefordert werden muß.

Bisher sollten die Eltern 11% der Betriebskosten durch ihre Beiträge den durchgehend geöffnet sein. Die Reaktion ist hier ungläubiges Staunen, vor allem bei den berufstätigen Müttern, denn so könnte endlich Bessertätigkeit und Kinderbetreuung vereinbart werden - aber eine gesetzliche Regelung zur Personalausstattung und Qualifikation wird nicht mitgeliefert.

gezahlt werden, denn die Ganztagszuschläge schnellen um ein Vielfaches in die Höhe. Bei den Betreuungskosten für Kinder unter drei Jahren, die mehr als doppelt so hoch liegen wie für die über Dreijährigen, wird dann deutlich, daß das Land kein Interesse hat, diesen Betreuungsbedarf abzudecken. Die Botschaft lautet: Frauen bleibt zu Hause! Denn hier muß sich eine berufstätige Mutter genau überlegen, ob von ihrem Einkommen nach Abzug der

Andererseits werden die pädagogischen Aufgaben (z.B. Integration von behinderten sowie von Ausländerkindern) Anfangen von familiären Problemen immer komplizierter und verantwortungsvoller. Dementsprechend wäre eine weitere Qualifikation des Personals und kleinere Gruppen von 15 Kindern erforderlich.

Elternbeiträge steigen

Der größte Protest der Eltern jedoch betrifft die Neuregelung der Elternbeiträge. Bis 1981 war es erklärtes Ziel der SPD, alle Kindergartenplätze kostenlos zur Verfügung zu stellen, so wie es bei einigen europäischen Nachbarn (u.a. Niederlande und Belgien) seit langem

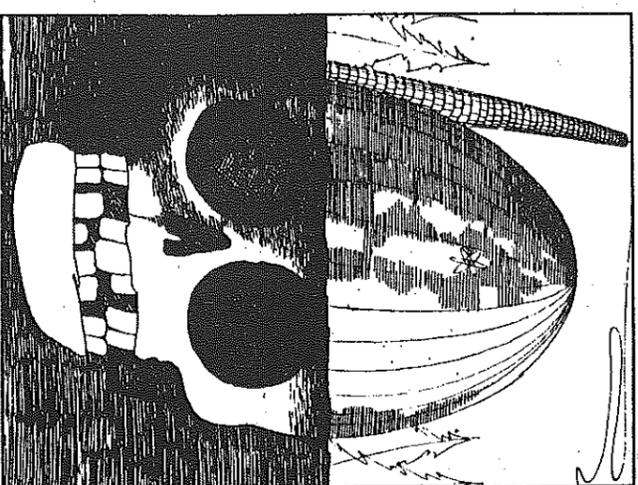
zur Zeit nicht für alle Eltern realisierbar, sondern wird nur für Jahreserlösen bis 24.000 DM eingeführt. Eltern, nur diese Eltern haben in den meisten Kommunen bisher schon über die wirtschaftliche Jugendhilfe den Kindergartenplatz finanziell bekommen, für sie ändert sich also nichts. Dafür wird dann bei Familien mit höherem Einkommen kräftig abkassiert. Und wenn die Frau dann auch noch arbeiten gehen möchte, darf zusätzlich

Steuern, Sozialabgaben und des Kindergartengebühres überhaupt noch eine Restsumme verbleibt. Kindergeld und Kinderfreibeträge decken diese Belastungskosten jedenfalls nicht ab. Für nicht persönlich heißt das, demnächst 400 DM im Monat für meinen zweijährigen Sohn als gesetzlichen Beitrag zu bezahlen.

Die massive Kostenenthöhung im Kindergartenbereich ist nur die Spitze des Eisberges: In allen Bereichen sind demnächst ähnliche Belastungen zu erwarten. Wir müssen daher die SPD aufordern, alle neuen Gesetzesentwürfe rechtzeitig in der Öffentlichkeit zu diskutieren und die Anregungen oder Bedenken der Betroffenen zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite müssen die Betroffenen in ihrem Widerstand unterstützt und zu gemeinsamen Aktionen ermutigt werden. Diese Aufgabe sollten SPD und Jusos vor Ort übernehmen. Andrea Kraneveld, Aachen Jungsozialist

len dafür sorgen, daß der Parteitagbeschluss wieder gekippt wird. Nachdem führende Politiker immer offener von einer neuen sozialliberalen Koalition schwärmen, wittert auch die Atomwirtschaft Morgenluft. Möllermann hat Anfang Juni als Bedingung für einen Koalitionswechsel der FDP unter anderem die Bereitschaft der SPD für den Bau neuer KKWs gefordert - nachdem er gerade den Bau neuer KKWs in der Ex-DDR wieder aufgegeben hat. Damit soll wohl die SPD-Führung die Möglichkeit erhalten, den Verzicht auf den Ausstieg als tolenen Kompromiß zu verkaufen, wenn die FDP dafür auf den Bau neuer KKWs verzichtet, die sie eh nicht ernstlich

wolle. Die gesamte „Wirtschaft“ (also die Kapitalisten) wird sich mit aller Kraft gegen einen Ausstieg wehren. Er wäre für sie ein immenser finanzieller Verlust. Ein KKW zu bauen und dann schon nach zwei oder drei statt nach dreißig Jahren stillzuliegen ist natürlich eine gigantische Fehlinvestition. Selbstverständlich werden unsere Kapitalisten versuchen, die Verluste nicht selber bezahlen zu müssen, sondern sie der arbeitenden Bevölkerung über Stromtarife und Steuern aus der Tasche zu ziehen. Aber das Geld, das sie uns aus den Taschen ziehen, wollen sie natürlich in ihre Taschen stecken und nicht in den Sand setzen. Sie wer-



tet werden, um langfristige Lösungen zu schaffen.

Diesen Februar ist in Fukui, 80 Kilometer nördlich von Japans zweitgrößter Stadt Osaka, ein Kernreaktor knapp am Super-GAU vorbeigeschrammt. Ist Japan technologisch rückständiger als wir? Ist das bei uns ausgeschlossen? Wenn wir die bestehenden Kernkraftwerke so lange weiterbetreiben, wie das technisch möglich ist (die Dinger werden mit dem Alter ja nicht sicherer) oder uns mit den Ausstieg zehn Jahre Zeit lassen, kann das zehntausenden von Menschenleben kosten. Deshalb Ausstieg sofort - und zahlen sollen die Konzerne, die die Kernkraft bei uns durchgesetzt und dabei Milliardenprofite gemacht haben.

Wolfram Klein, Stuttgart Jungsozialist

Können wir aus der Kernenergie aussteigen?

Die westdeutschen Energieversorgungsunternehmen (EVUs) produzieren so hohe Strom-Überkapazitäten, daß auch ohne Kernenergie der Bedarf noch gedeckt würde. Für 1988 sah die Rechnung wie folgt aus (Quelle: Statistisches Jahrbuch BRD, 1990):

Sogeanannte „Engpaßleistung“ (d.h. maximale Leistung) der EVUs	88 GW
Höchstlast des Stromverbrauchs in kalten Wintern ca.	60 GW
Überkapazität mindestens	24 GW
Anteil der KKWs an Gesamtleistung (1 GW = 1 Gigawatt = 1 Milliarde Watt)	22,5 GW

Auch bei Abschaltung der KKWs gingen bei uns also keineswegs „die Lichter aus“. Wenn in der Öffentlichkeit mit Zahlen operiert wird, die einen hohen Anteil der KKWs an der Energieerzeugung „beweisen“ sollen, so liegt das daran, daß diese meist durchgehend in Betrieb sind, während Kohle- und Ölkraftwerke bei Überkapazitäten abgeschaltet werden.



Juso-Kommunalpolitik in Kassel

Gegen Großprojekte für reiche Minderheiten

In Kassel verschlechtert sich die Situation für die Bevölkerung: Obwohl die Arbeitslosenzahlen zurückgehen, liegen sie in Kassel immer noch bei einer Höhe von 9,5% (ca. 20.270 Personen) und Jugendarbeitslosigkeit bei 6,1% (ca. 680 Personen). In den Kindertagesstätten herrscht der Notstand, in einigen Stadtteilen fehlen bis zu 800 Plätze. Durch den Subventionsabbau Möllemanns, der 560 Millionen durch Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen „einspart“, ist von 1200 ABM-Stellen jede vierte in Kassel gefährdet.

Dadurch sind in erster Linie ältere Menschen, sozial schwache Schichten und Arbeitslose betroffen. Außerdem kommen auf die Stadt erhöhte Kosten zu, weil z.B. der Etat des Ministeriums Jugend, Familie, Gesundheit '92 um 15% gekürzt wird. Besonders stark ist das rot-grün regierte Hessen betroffen. Auf die zahlreichen autonomen Frau-empfohle in Kassel hat sich schon niedergeschlagen.

Entscheidend für Politik vor Ort war für den Juso-Unterbeizirk, mit einem offensiven Programm und Forderungen nach außen zu gehen, die direkt an den Problemen der Leute anknüpfen und eine Perspektive bieten. Nur so kann man auch Jugendliche für eine aktive Mitarbeit gewinnen. Die „herkömmliche“ Politik der SPD ist schon allgemein bekannt und stößt immer mehr auf Unzufriedenheit. Es heißt also, den Leuten durch unsere Aktionen und unser Programm zu zeigen, was wir uns unter SPD-Politik vorstellen.

Die erste Aktionen waren Umfragen, um die Stimmung der Bevölkerung in den Ortsteilen zu erfahren. Außer allgemeinen politischen Themen (Was halten

Sie von Neuwahlern? Wie stehen Sie zur SPD?) standen darin Fragen zur Wohnsituation, Problemen/Vorteilen in Stadtteil im Vordergrund.

Aus den Ergebnissen wurden die Themen ausgewählt, die die Jusos in den nächsten Monaten kampagnenmäßig behandeln sollten. Für die Juso-AG Weesertor kristallisierte sich

das Thema Verkehr als größter Unzufriedenheitspunkt der Bevölkerung heraus - ein Stadtteil, den man als Knotenpunkt zwischen verschiedenen Teilen Kassels bezeichnen kann und durch den täglich bis zu 20.000 Autos donnen. In der AG wurden die Möglichkeiten diskutiert, wie man die Leute am Besten ansprechen kann und die Diskussionen in die Partei hineinträgt. Wichtig sind vor allem phantastische Aktionen. Besonderen Erfolg hatte eine Flugblattverteilung zur „rush hour“ in einer stark befahrenen Straße im Stadtteil. Hier sind oft Verkehrsstaus. Anwohner werden durch Lärm, Gestank belästigt und Kinder können nicht draußen spielen. Sämtliche AG-Mitglieder hatten sich weiße Anzüge angezogen und Atemmasken aufgesetzt. Das erregte Aufsehen. Von den



Protestaktion von KIT-Arzieher(innen): Die Sparpolitik der Gemeinden geht zu Lasten sozialer Einrichtungen und der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Sparhaushalt in Köln

Jusos organisieren Widerstand

In Köln drohen mit dem nächsten Haushalt die massivsten Kürzungen seit Anfang der 80er Jahre. Die Kürzungen vor zehn Jahren waren unmitteilbare Folge der damaligen Wirtschaftskrise. Momentan befinden wir uns jedoch noch im Aufschwung; dieser fand aber vor allem in den letzten der großen Unternehmer statt. Trotz Rekordgewinne der Unternehmen sehen sich viele Städte einer schwierigen Haushaltsituation gegenüber. Nach offiziellen Angaben wird die Stadt Köln 1992 134 Millionen DM weniger Steuern einnehmen, insgesamt wird nach jetzigem Stand eine Deckungslicke von 230 Millionen DM für nächstes Jahr angenommen. Die Stadt will jetzt massiv kürzen, um nicht mit einem neuen Gesetz in Konflikt zu geraten, das einen ausgeglicheneren Haushalt vorschreibt.

Umnittelbar vor der Sommerpause verschiebender CDU und SPD im Rat einen Antrag, in dem von umfassenden Privatisierungen städtischer Leistungen und Personalabbau die Rede ist. In letzter Konsequenz sind zum nächsten Stellenplan von 23.000 Stellen bei der Stadt 2400 bedroht, die meisten im Leistungsbereich als Folge von Privatisierung (nach OTV-Angaben 1400).

Personalabbau

Die Verwaltungsspitze, das heißt auch die führenden Politiker der SPD-Ratsfraktion, lasten den Dezernaten die Verantwortung auf, in ihren Bereichen selbst die Kürzungsvorschläge zu entwickeln. Sechszwänge werden geschaffen, es wird nur noch über Dezernate und nicht mehr über die Kölner Politik im Ganzen. Dies ist ein ganz tübler Trick: Auf der einen Seite müssen Jugendhäuser schließen, weil in den städ-

tischen Jugendeinrichtungen von 67,5 Planstellen 31,5 abgebaut werden; oder es sollen alle 42 Stellen des schulpädagogischen Dienstes gestrichen werden usw.

Auf der anderen Seite jedoch werden dann Ausgaben für Prestige- oder unsinnige Großprojekte als gegeben hingenommen. Jede Privatisierungsmaßnahme und jede Stellenkürzung muß bekämpft werden! Stattdessen sollte auf die Ost-West-U-Bahn, die Erweiterung des Güterzuges oder die Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt am Offenhafenplatz verzichtet werden. Als SPD-Mitglieder müssen wir uns kompromisslos auf die Seite der Betroffenen stellen und diesen Angriff auf sie abwehren.

Ebenfalls nicht einsehbar ist das Vorhaben, die Parkgebühren auf die gesetzlich höchstmögliche Höhe heraufzusetzen. Bei seiner anscheinend sehr guten Kritik an der Stadt begriffte der Juso-Unterbeizirkvorsitzend leider diese Maßnahme. Viele Kolleginnen, die noch nicht die Möglichkeit sehen, vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen, ohne zuviel Streß damit zu haben, wenden dafür jetzt bestrafte Andererseits fordert der UB-Vorstand für die städtischen Bediensteten als Ausgleich für Parkgebühren kostenlose Monatskarten für den Nahverkehr. Diese Vorschläge führen zur Spaltung der von den Angriffen Betroffenen bei der Stadt und der betroffenen rechtlichen arbeitenden Bevölkerung, auch die Erhöhung der Parkgebühren muß als unsozial abgelehnt werden.

Gegen Großprojekte

Wir Jungsozialisten müssen alle Vorhaben, die zu Verschlechterungen und Einschränkungen der arbeitenden Bevölkerung in Köln führen, bekämpfen.

Autofahren wurde die Aktion positiv aufgenommen, auch in der Presse wurde ein Artikel mit Bild veröffentlicht.

KITAS

Im Stadtteil West wurde, ebenfalls nach Auswertung einer Umfrage, eine Kampagne zu KITAS gestartet, die unter dem Motto „Einem Platz für jeden Fratz“ die Stimmung im Ortsteil traf. Gespräche mit Müttern, Erzieherinnen aus KITAS und Frauen, die inzwischen Kindergruppen selbst organisieren, Behandlung des Themas auf AGen und Ständen im Ortsteil waren der Hauptbestandteil der Arbeit. Geplant ist eine Veranstaltung mit dem Ortsverein zum Thema.

Im selben Stadtteil wurde von der SPD kein gutes Beispiel für beschäftigten- und bevölkerungsnahen Politik gegeben. Für den Ausbau der Stadthalle zu einem Konferenzzentrum für Untereinnehmer und Konsorten sind im Haushaltsplan 15,8 Millionen DM veranschlagt. Die Bevölkerung wurde hierzu so gut wie gar nicht informiert, auch in

Juso-Aktionen zu Wohnungsnot in Wiesbaden Mieter hauren auf den Putz

Wiesbaden gilt in Spekulantenkreisen als Geheimtipp und teilt sich abgesehen von Berlin seit der Hauptstadt-Entscheidung - in Sachen Mietpreise mit Frankfurt, Stuttgart und München die Spitzenposition. Das veranlaßt uns, das Thema Wohnungsnot verstärkt anzupackieren.

Letztes Jahr im Juni organisierten wir eine Demo gegen die Wohnungsnot, an der 300-400 Menschen teilnahmen. An unseren Info-Tischen zur Landtagswahl sammelten wir im Rahmen einer SPD- und DGB-Kampagne Unterschriften für die Festlegung des Wohnrechts als Grundrecht in der Verfassung.

Eine Passantin fand unsere Aktion prima und erzählte, welche Probleme sie mit ihrem Vermieter hat. Wir brachten sie mit einer Leidensgenossin zusammen und organisierten für Januar eine Veranstaltung mit Vertretern des Mieterschutzvereins, die von ca. 30 Mietern besucht wurde. Auch von Mitarbeitern der Stadtverwaltung wurden wir unterstützt und bekamen Hinweise auf Problemhäuser. Daraufhin sprachen die zwei direkt Betroffenen die Mieter in diesen Häusern an, verteilten Flugblätter und organisierten eine weitere Veranstaltung mit Vertretern der Stadt, bombardierten diese mit Fragen und Forderungen.

Mietertreff gegründet

Es wurde beschlossen, sich regelmäßig an einem bestimmten Tag im Monat zu treffen. Seitdem nennen wir uns Wiesbaderer Mieterreff. Bei jedem Treffen sind neue Gesichter dabei, die ihre Schauererlebnisse erzählen und nach Hilfe suchen. Wenden in einem Haus die Mieter mitten in der Nacht durch Schlagzeugspielen regelmäßig aus dem Schlaf gerissen - der Schlagzeuger hat zugegeben, vom Vermieter dazu angehalten worden zu sein - müssen andere seit zwei Jahren in einer Baustelle kochen und sich waschen, weil Renovierungsarbeiten nicht fertiggestellt wurden. Andere zahlen Horrornebenkosten, von den Mietpreisen

der Partei gibt es keine organisierte Diskussion über diesen Punkt. Gleichzeitig wurde der Kauf eines Hauses dem optimal eine Kindertagesstätte hergebracht werden könnte mit der Gründung abgelehnt, die Stadt keine Grundstücke, Kostenvorschlag von 500.000 DM. Auch andere Projekte werden zurückgestellt, müssen, weil Geld vorhanden ist.

SPD-Reaktion

Natürlich sind wir mit unseren Forderungen und Forderungen auch an Presse gegangen. Darauf gab es keine Reaktionen von Seiten der SPD-Fraktion. Sie bezeichnete unsere Position. Sie bezeichnete unsere Position als schädlich für die SPD und nicht förderlich für den Kommunalwahlkampf. Wir Jusos meinen aber, daß wir die Forderungen aufgreifen und auf die Bedürfnisse breiter Schichten eingehen, im Gegensatz zu z.B. solchen Projekten wie der Stadthalle nur eine reiche Minderheit anspricht. Daniela Heipel, Kassel Jungsozialistin

Vermieter-Methoden

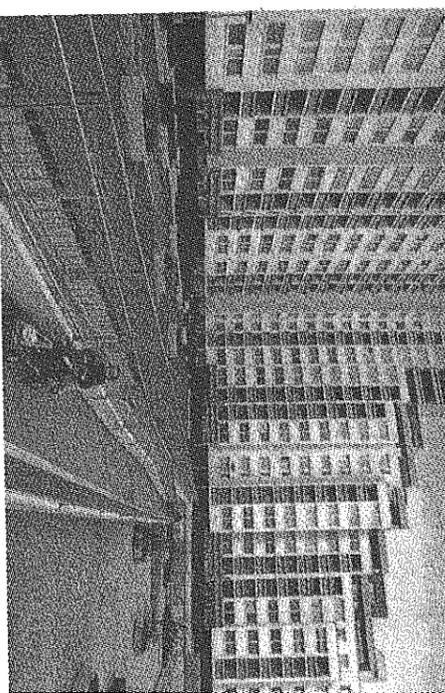
Viele Vermieter gleichen sich nur durch ihr kriminelles Verhalten. Auch die Namen wiederholen sich: stadtbekannte Spekulanten mit allen Mitteln Mieter aus ihren Wohnungen rauskeln, um bei den Mietern noch höhere Mietpreise zu können. So werden z.B. H-H gekauft, Mieten erhöht und die gekauften, Mieten erhöht und die vor die Frage gestellt, den Mietern helfen und das Haus zu kaufen, Wohnraum bieten zu können, aber das Vielfache vom eigentlichen Wert zu zahlen. Wir wissen, daß Stadt auf diese Weise schon mehrere Horrormiete zahlen, um den Wohnraum erhalten zu können.

Inzwischen haben sich die teuren-Mieter“ zu regelrechten Speisten ausgebildet. Bei unseren schon diskutieren wir mit Mietern Vermietern auf der Straße und werden Einladungen zu unseren Treffen. In mein besteht ein sehr starkes Interesse an diesem Thema, und das wird voraussetzlich - wie die Praxis selbst - noch steigen.

Deshalb fordern wir - Stopp der Umwandlung von Wohnungen in gewerbliche Räume. - Die Stadtverwaltung (mit der SPD-Wahlheit!) muß Farbe zeigen und entschlossen gegen Spektion vorgehen.

- Beschlagnahme leerstehender Wohnungen durch die Stadtverwaltung und Einweisung von Wohnenden. - Den SPD-Maklerbeschluss umsetzen: Maklerverbot und Kontrolle Wohnraumvermittlung wie sie in 77 in Wiesbaden bestanden hat. - Militärgelände in Wohnbauern.

- Leerstehende Gewerbetreibenden Wohnraum umwandeln. - Einweisung von Spekulanten. Claudia Bernhard, Wiesbad Jungsozialistin



Wohnkassernen und horrende Mietpreise - wegen der Wohnungsnot Mieter dies akzeptieren.

Termin:

Veranstaltung Kölner VORAN-Uhrzeitgeber. Die geplanten Kürzungen in unserer Stadt - wie können wir uns wehren?, Mittwoch, 2.10.91, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache (Clubraum), Melchiorstr. 3, Nähe Bierplatz

Fünf neue Länder

Garantierete Lehrstelle für jeden!

In den neuen Bundesländern droht katastrophaler Lehrstellenmangel. Laut Bildungsbericht 1991 des DGB suchen im Herbst 120.000 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz - doch nur rund 53.000 sind in Sicht. 100 Bewerber werden um 44 Plätze kämpfen.

Im letzten Jahr wurden rund 100.000 Ausbildungsverträge nach dem westlichen Berufsbildungsgesetz abgeschlossen. Lediglich 25.000 Jugendliche werden noch nach den Berufsbildern der ehemaligen DDR ausgebildet.

Interview

Berufsausbildung vor und nach der Wende

Frage: Jens, Du hast gerade Deine Ausbildung beendet, was hast Du gelernt?

Antwort: Ich habe eine dreijährige Lehre als „Maschinen- und Anlagenmonteur mit Abitur“ in einem großen Berliner Betrieb gemacht.

Du hastest damit 1988, also noch vor der Wende begonnen. Wie lief denn die Ausbildung damals ab?

Ich habe nun wegen meines Abiturs 3 Jahre gelernt, das war sehr lange gewesen. Durchschnittlich dauerte eine Lehre nur 2 bis 2 1/2 Jahre. Dementsprechend war auch die Qualität der Ausbildung gewesen. Wir hatten zwar Grundlegende theoretische Fächer als Metaller wie im Westen auch, aber auf der praktischen Seite sah es manchmal recht traurig aus. In den ersten Wochen haben wir einen Tag in der Woche in der Lehrwerkstatt verbracht. Dort haben wir im Vergleich zum Westen einen kurzen Fellehrgang absolviert. Danach war ich im Montagelehrgang, wo ich ein Jahr die selben Apparate montiert habe. Das Prinzip hatte ich zwar schon nach 4 Wochen begriffen so daß wir selbständig arbeiteten, aber die Dinger wurden im Hauptwerk gebraucht. Somit war ein Jahr lang der Nutzen meiner Arbeit für mich gleich

Ein Großteil der Jugendlichen möchte einen kaufmännischen Beruf erlernen. Doch bereits zum Ende des vergangenen Jahres zeigten die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit beträchtliche Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage für diese Ausbildungsplätze.

Bei den Berufsgruppen Waren- und Dienstleistungskaufleute gab es einen Nachfrageüberhang von 39,8%; bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen von 75,1%, bei der Berufsgruppe „Sicherheits-, künstlerische,

Null. Aber ich hatte Glück, daß ich danach in einen E-Schweißlehrgang kam. Dieses Privileg hatte nur 1/3 meiner Klasse, denn nur soviel wurden für das dritte Lehrjahr benötigt.

Was war mit den anderen, durften sie nicht, oder wollten sie nicht? Sie durften nicht. Die gesamte Ausbildung wurde auf den speziellen Einsatz in einer Abteilung ausgedehnt. Es sollten eben nur 7 Leute im dritten Lehrjahr (Spezialisierung) in der Schweißerei eingesetzt werden. Die Auswahl erfolgte übrigens nach Wohnort, nicht Interesse oder Fähigkeiten.

Würdest Du Deine Ausbildung als für einen Metaller umfassend beschreiben? Nein, es wurden uns nur für den Betrieb und eine Abteilung relevante Fähigkeiten vermittelt. Flexibel einsetzbar, wie es nach der Lehre eigentlich sein sollte, sind wir somit gar nicht. Wie hoch war Dein Monatsentgelt?

In der DDR hatte jeder Lehrling, egal ob Schneider oder Bauarbeiter, dasselbe Geld bekommen. Man hat im ersten Lehrjahr mit 120 Mark angefangen und im dritten mit 250 Mark brutto aufgehört. An Uhaub wurden uns 24 Tage

Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsbefugnisse“ war es sogar ein Nachfrageüberhang von 190,8%. Lediglich Metallberufe sowie Bau- und Baunebenberufe (einschl. Tischler) haben sowohl ein großes Angebot als auch eine hohe Nachfrage. Die meisten Ausbildungsverträge wurden letztes Jahr in Handwerksberufen wie Kraftfahrzeugmechaniker, Tischler, Fleischer und Bäcker abgeschlossen.

Durch die schlechte wirtschaftliche Lage und den Zusammenbruch der Industrie sind seit letztem Jahr viele zugestanden.

Welche Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten ihr den mit dieser nicht gerade umfassenden Ausbildung gehabt?

Sehr gute. Jeder Schüler hatte einen sicheren Ausbildungsplatz - auf demselben Territorium wo heute 60.000 Plätze fehlen. Nach der Lehre wurde der Lehrling garantiert von seinem Betrieb übernommen. Da wurde überhaupt nicht darüber diskutiert, die haben jeden gebraucht.

Nun fiel ja die Wende genau in Deine Ausbildungszeit hinein, was hat sich für dich geändert?

Manches zum Positiven und manches zum Negativen, was das erstere voll aufhebt. Die Ausbildung ist jetzt länger geworden und soll sogar schon an Maschinen, später als 1970 gebaut, ablaufen. Überhaupt wird der Ausbildungsplan westlichem Niveau angepaßt, wie immer das aussehen mag. Das erste war, daß wir nicht mehr 43 3/4 Stunden arbeiten brauchten und dafür mehr Geld bekamen. Diese Entlohnungen liefen in jedem Betrieb verschieden ab. Ich habe als letztes Entgelt 529 Mark und 28 Tage Uhaub bekommen.

Bist Du damit zufrieden?

Da wir im dritten Lehrjahr voll in der Produktion gearbeitet haben, in der Zeit, wo Schültern sind, sogar jeden Tag, müßte es entschieden mehr sein. Was machst Du jetzt?

Ich mache gerade meine siebte Woche Uhaub. Meine abgewrackte Firma konnte sich zwar eine Keithe nagelneuer AUDIs leisten, nur aber keinen Arbeits-

Umweltverschmutzung

„Umweltschutz fängt zu Hause an!“, kann man in vielen Informationsbroschüren unserer Bundesregierung, vor allen Dingen zum Thema Müll lesen.

Ich kann es schon nicht mehr hören: „Thema Müll“. Allein in Köln wird in einem Jahr so viel Müll produziert, daß der Dom darunter verschwinden würde. In der BRD (noch ohne die ehemalige DDR) sind das 15 Millionen Tonnen pro Jahr. Oder waren es noch 14? Schockiert von solchen Zahlen macht man sich daran, Müll einzusparen. Joghurtdeckel abwaschen, Preisschildchen runterpfeifen und rein in die Alutonne. Dosen mit einem Magneten darauf untersuchen, ob aus Weißblech oder Alu - ab in die entsprechende Tonne.

Sonstige Gläser (Gurken, Senf, Mayonaise) ausgewaschen, Deckel extern gesammelt - ab in die entsprechende Tonne, direkt neben der Alutonne im Keller. Spraydosen gehen per Post zurück an den Hersteller, mit einem anklagenden Brief, von wegen Einweg-Ansonsten kaufen wir in der Drogerie die Zutaten für selbstgemachtes Wäschpulver (enorm umweltfreundlich).

Damit verbirgen wir unsere Freizeit. Wenn wir uns dann abends erschöpft, aber beruhigt aufs Sofa legen und die Zeitung aufschlagen, lesen wir, daß das größte Regenwaldgebiet der

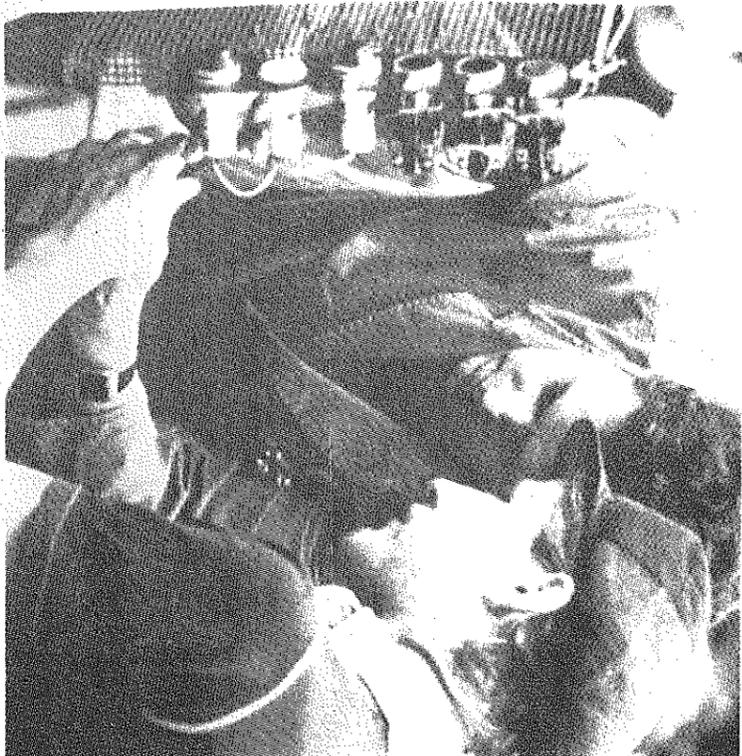
Erde der Amazonas in zehn Jahren weg sein wird. Die Folgen kann man in Szenarios über globale Klimakatastrophen nachlesen.

bejagt werden, das Ozonloch ist mittlerweile doppelt so groß wie die USA, es wird größer und größer, es wird wärmer, der Meeresspiegel steigt, Wästen dehnen sich aus, und wir sollen Joghurtdeckel sammeln, weil Umweltschutz zuhause anfängt, Herr Töpfer? Tilo Mittelstaedt, Köln

Die nigerianische Militärdiktatur hat eine brutale Unterdrückung der Studentenbewegung und führender Mitglieder der Nationalen Vereinigung nigerianischer Studenten (Association of Nigerian Students), die seit 1986 verboten ist, begonnen. Nach Studentenprotesten im Mai, bei denen es um Zuschüsse, Sozial- und Erholungsurlauben sowie um Forderungen nach der Legalisierung ihrer Organisationen ging, hat die Regierung mit einer Welle von Angriffen von Sicherheitskräften und rechtsextremen Schlägertrupps sowie Verhaftungen von Studentenfürhern geantwortet.

- Mehr als 200 Studenten wurden verhaftet.
- Dutzende werden auf der Grundlage falscher Beschuldigungen festgehalten.
- Die Zeitung „Africa Watch“ berichtet, daß zehn Studentenfürher gefoltert wurden, um unterschriebene Geständnisse zu erhalten. Sie befinden sich jetzt im Hungerstreik.

Am ernstesten ist der Fall von Adola Soesan und drei anderen Studentenführern von der Chafemi Awolowo Universität, Ile Ife. Sie wurden verhaftet und des Mordes sowie der Verschwörung zum Mord angeklagt. Wenn sie für schuldig erklärt werden, droht ihnen die Todesstrafe! Sie wurden fast zwei Monate nach einem Zwischenfall verhaftet, der während der nationalen Boykottkampagne im Mai außerhalb einer Versammlung vorfiel. Bei dieser Versammlung griff eine

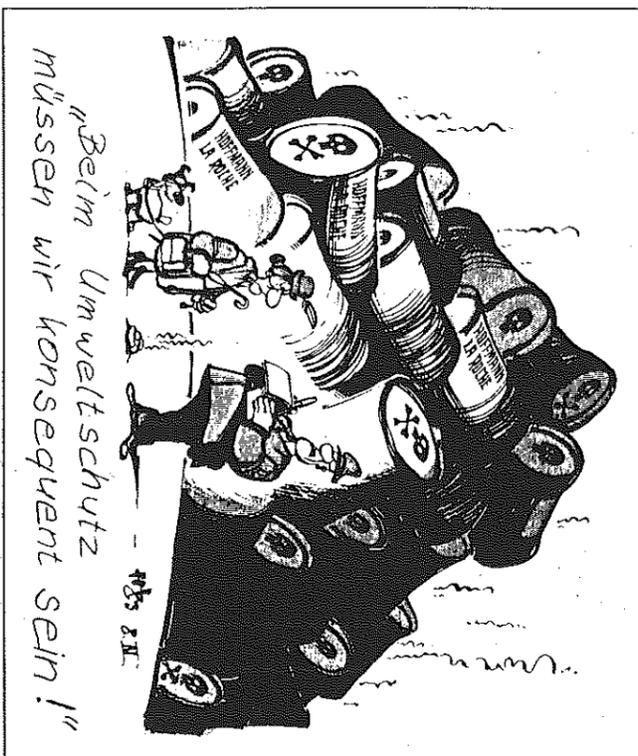


Rund 60.000 Lehrstellen werden diesen Herbst in den neuen Ländern fehlen. Platz anbieten, so daß ich jetzt auf Null Stunden Kurzarbeit gesetzt worden bin. Die wenigsten Lehrlinge in den fünf neuen Ländern wurden von ihrem Betrieb übernommen. Viele fangen eine

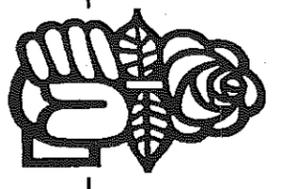
Nigeria Studentenführer unter Mordanklage

Gruppe rechtsextremer Studenten mit Messern und Flaschen an. Die Angeklagten wurden von den Gangstern anfangs als Geiseln genommen. Einer der Angeklagten wurde mit einem Messer gestochen. Sie wurden aber von den protestierenden Studenten befreit. Ein Kampf brach aus, als die Studenten die Angreifer wegjagten. Während dieses Zwischenfalls erlitten vier der rechtsextremsten Studenten Schwereletzungen und einer starb an seinen Wunden. Adola Soesan und die anderen Angeklagten wurden wegen Tötung angeklagt, der Prozeß hat im August begonnen.

Sofortiges Handeln ist deshalb erforderlich. Schickt in den nächsten Tagen Protestresolutionen von SPD, Juso- und Gewerkschaftsunterstützung, Schüler- und Studentenvertretungen sowie Einzelpersonen und Frontkämpfern an die nigerianische Botschaft. Auch solltet ihr telefonisch bei der Botschaft Auskunft über den Fall verlangen und euren Protest deutlich machen (freundlich, aber bestimmt). Die Adresse: Botschaft von Nigeria, Goldbergweg 13, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/322071. Schickt bitte Kopien eurer Schreiben an die Redaktion.



... mach' mit bei den Jusos!



Freiheit für Mahmoud Masarwa

Seit Juli 1988 sitzt der palästinensische Gewerkschafter Mahmoud Masarwa in Israel im Gefängnis. Er wurde aufgrund falscher Beschuldigungen der israelischen Behörden zu zehn Jahren Haft verurteilt.

Aus Anlaß seines Berufungsverfahrens wurde die internationale Solidaritätskampagne für ihn nochmal verstärkt. Protestaktionen fanden vor israelischen Botschaften in USA, Kanada, Norwegen, Schweden, Spanien, Frankreich, Belgien, Italien, Südafrika und natürlich auch in Bonn statt (siehe Foto).

Eine internationale Prozeßbeobachter-Delegation konnte in Israel viel Publizität für den Fall erreichen. Siebzehn Journalisten verschiedener Medien nahmen an dem Prozeß teil und berich-

teten darüber. Geerückt durch die internationale Unterstützung und viele Zuschriften nahm Mahmoud in guter Verfassung an dem Verfahren teil. Seine Gefängnisbedingungen wurden inzwischen erleichtert. Das Berufungsverfahren, das normalerweise wenige Stunden dauert, wurde verlängert und die Entscheidung auf den 8. September vertagt. Dies alles ist ein Erfolg der Solidaritätskampagne. Halbet den Druck aufrecht!

Protestbriefe an: Israelische Botschaft, Simrockallee 2, 5300 Bonn 2. Nähere Infos über: „Freiheit für Mahmoud Masarwa“, c/o Wiebke Möbius, Oranienstraße 165, 5000 Köln 91. Spendenkonto: Postgrosamt Köln, Kto.-Nr. 415996-503, BLZ 370100350.



Solidaritätsaktion für Mahmoud Jusos tätlich angegriffen

Auf der Juso-Landeskonferenz Hoesen am 9.6.1991 wurde ein Antrag zur Freilassung Mahmoud Masarwas verabschiedet. Aus Anlaß des Berufungsverfahrens von Mahmoud am 8.8.91 und aufgrund des Beschlusses der Landeskonferenz riefen VORAN-Unterstützer und aktive Jusos aus dem Rhein-Main-Gebiet am 2. August zu einer Mahnwache vor dem Büro der israelischen Fluggesellschaft El Al in Frankfurt/Main auf. Es wurden Flugzettel verteilt, Unterschriften und 32 DM an Spenden gesammelt.

Dabei bekamen wir - etwas unfreiwillig - Nachhilfenricht in Sachen „israelische Demokratie“ erteilt. Zwei von uns stalteten dem Büro der israelischen Fluggesellschaft einen kurzen Besuch ab, um die El Al-Angestellten auf die Forderung nach Freilassung Mahmouds Masarwas aufmerksam zu machen. Nachdem wir jedoch sehr bald energisch nach draußen verwiesen wurden, erschien der Hausbesitzer auf der Straße. Er riß unsere mit Tesa angebrachten Plakate von den Wänden und drohte mit der Polizei.

Fünf Minuten später erschien er mit dem Sicherheitsbeauftragten der Fluggesellschaft und wurde handgreiflich

Erst zerrbrach er die Stange unserer VORAN-Fahne und schlug dann auf den VORAN-Redakteur Hans-Cerd Öhninger ein, während der Sicherheitsbeauftragte die mit einer Fotokamera flichtende Doro verfolgte. Unsere Flugblätter und Unterschriftenlisten wurden durch die Gegend geschleudert.

Getroffene Hunde bellten bekanntlich besonders laut. Im Fernsehen kommt die Kavallerie immer rechtzeitig, im richtigen Leben die Polizei zu spät. Nachdem wir die Beamten, die mit einem Überfall-Kommando, Mannschafts- und Dienstwagen anrückten, über die international unterstützte Kampagne „Freiheit für Mahmoud Masarwa“ informierten, haben wir erst recht - quasi mit „Polizeischutz“ - weitere Unterschriften und Geld gesammelt. Einer der Polizisten meinte sogar, daß er in Zivil vielleicht auch unterschreiben hätte. Zwei gut gekleidete Verkäufer eines Fotogeschäfts von nebenan ebenso wie Passanten, die Zeugen des tätlichen Angriffs auf unsere friedliche Mahnwache geworden waren, entschlossen sich ebenfalls demonstrativ zur Solidaritäts-Unterschrift. Dirk Bosmann, Hanau Jungsozialist

VORAN zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., verantwortlich: Redakteur: Hans-Cerd Öhninger.

Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.

Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.

Bankverbindung: Postgrosamt Essen, BLZ 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430.

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name _____

Anschrift _____

Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, der Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa hat zu großer Orientierungslosigkeit in der Linken, u.a. bei den Jusos, geführt. Gleichzeitig zeigt der Kapitalismus seine häßliche Fratze (imperialistische Kriege gegen den Tirkon, frühkapitalistische Verhältnisse in Osteuropa, Verarmung eines Teils der Bevölkerung in den Metropolen des Westens etc.) und stößt dabei auf so wenig Widerstand wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Grund dafür ist eine handlungsunfähige Linke, die ihre Wunden

Organisation von Widerstand ist jedoch notwendiger denn je. Voraussetzungen für das Wiedererlangen unserer Schlagkraft ist eine gründliche selbstkritische und intensiv geführte Diskussion über die Geschichte des Stalinismus. Gleichzeitig ist es wichtig, parallel zur Kritik neue und wegen der Ehrlichkeit in der Aufarbeitung von Fehlern unbefleckte Utopien und Sozialismusvorstellungen zu entwickeln.

An dieser Stelle wollen wir auf die traditionelle trotzkistische Stalinismuskritik und die Vorstellung einer sozialistischen Demokratie nicht verzichten. Dabei bitten wir Euch, die Redaktion von VORAN um Eure Hilfe, da Ihr ja in diesem Themenkomplex Fachleute seid. (,)

Mit sozialistischem Gruß
Jendrik Scholz, Juso, Mettmann

Sehr geehrte Damen und Herren, zu VORAN Nr. 132, Umweltselten 6/7: Mir scheint es bedenklich, wenn bei Umweltproblemen globalen Ausmaßes lokal die Trommel gerührt wird für die sogenannten erneuerbaren Energien. Deren Ergiebigkeit ist unzureichend, die Nutzbarkeit nicht zu geringeren. Beispiel: Solaranlagen: Ausfall bei geringer Tageslänge, niedrigen Sonnenstand, Schlechtwetter.

Bei wachsender Weltbevölkerung einerseits die Verfeinerung fossiler Rohstoffe und andererseits die Kernspaltung mit samt zweifelhafter Entsorgung abstellen zu wollen, dennoch zusätzlich eventuell neuartige Verkehrssysteme speisen zu müssen, kann eigentlich nur bedeuten, das „Heil“ in Kernfusion zu suchen. Innererhin arbeiten Europa, USA, UdSSR und Japan an dem Vorhaben mit Namen „ITER“, das sich gegenwärtig vermutlich noch im Stadium des konzeptionellen Entwurfs befindet. Ich hoffe, man kommt noch vor der Poltschmelze weiter mit dem Projekt und meine, es solle uns alle interessieren.

Mit freundlichem Gruß
Karl-Heinz Knop, Borsfleth

Hallo Genosse Christian!
In VORAN 131 hast Du in einem Leserbrief Bezug auf meinen Eingeladertitel aus der vorangegangenen Nummer genommen. Du sagst, der Artikel wäre „vom Inhalt her richtig“, gleiches gilt auch für Deinen Leserbrief. Ich habe wirklich nicht genau ausgeführt, was ich mit unter einem Kampf gegen die Konzerne vorstelle. Du sagst, die Enteignung „der großen Familien“ ist letztlich nur bundesweit möglich. Ich

wäre kein Marxist, würde ich das in Frage stellen. Nicht nur weil die wenigsten Großunternehmer in Schleswig-Holstein wohnen, vor allem, da eine Enteignungskampagne nur von den Arbeitenden in einem Massenkampf geführt werden kann. Da ich momentan leider kein solches Kampfbewußtsein bei den schleswig-holsteinischen Arbeitern finden kann, wäre es auch absoluter Quatsch, zu solch einem Sturmangriff zu blasen. Wir können somit auch aus dieser Sicht keine Enteignungskampagne von Björn erwarten. Was wir aber von einer SPD-Landesregierung nicht nur erwarten, sondern verlangen müssen, ist, der Arbeiternerschaft zu helfen, sich ein solches Bewußtsein zu entwickeln. Dieses hört

sich kompliziert an, ist es aber nicht. Sondern es läßt sich politisch allein durch umsetzen, indem man den alltäglichen Kampf der Arbeitnehmer unterstützt. Dieses heißt für jede rote Lardesterneigung z.B. gegen die Bommesteuererhöhungen anzugehen und zu fordern, die Verdener der Einheit zu Kasse zu bitten. Und genau das meine ich, wenn ich jetzt vom Kampf gegen die Konzerne in Schleswig-Holstein rede.

Marxisten meinen, das ist nicht zu viel verlangt. Wenn eine Stadt wie Lüverpool Ähnliches schaffen, sollte es eher hiesigen Landesregierung erst recht gelingen. Alles weitere, wie die Enteignungen, sind vorerst nicht gemeint. Sie werden sich aus diesen Kämpfen entwickeln, wenn wir es schaffen, als Marxisten in der SPD unsere Stimme zu erheben, wie Du richtig sagst. Deine Spende wird uns dabei eine Hilfe sein. Rote Grüße und immer schön VORAN
Axel Matzky-Ellers, Juso, Husum

Kampffonds Spendet für eine bessere Zukunft!

Während die Bundesbank in den „verhaltenen“ Lohnforderungen der letzten Jahre einen Grund für den letzten noch stärkere Zurückhaltung. Die Probleme der Unternehmer und ihrer Regierung mit der Vereinigung und den Anzeichen einer Konjunkturlage zum schlechteren soll mal wieder auf uns alle abgewälzt werden. Dabei konnten laut Bundesbank die Selbständigen (also Unternehmer) ihre Bruttoeinkommen zwischen 1982 und 1990 von 188 auf 425 Mrd. DM mehr als verdoppeln, während ein abhängig Beschäftigter im Schnitt eine 3,5prozentige Steigerung des Bruttoeinkommens bekam. Die Zukunft hält für uns weitere Angriffe der Unternehmer und Steuererhöhungen bereit - wenn wir nichts dagegen tun. Darum kämpfen wir gegen die Unternehmer und ihre Regierung und dabei hängen wir von Euren Spenden und Sammlungen zugunsten des Kampffonds ab.

Das Ergebnis für das 2. Quartal beträgt 15.075,- DM, d.h. wir haben ca 67% von unserem Ziel erreicht. Damit blieben die finanziellen Möglichkeiten der Redaktion sehr knapp.

Ziel
3. Quartal
Juli,
August,
September

20.000,-

4185.76

Stand:
20.8.1991

Spendenkonto:
VORAN, Postgrosamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle _____ Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM _____ beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon _____

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postgrosamt Essen, Bankleitzahl 36010043, Konto-Nr. 250059-430



Aus Betrieb und Gewerkschaft

Arbeitsnetze und Stellenabbau bei der gelben Post

Wir verweigern die Annahme

Schlag auf Schlag greifen die hohen Herren der Bundespost die Beschäftigten an - besonders hart trifft es die gelbe Post, den Brief- und Paketdienst. Zu Arbeitsnetze und Überstundenbergen - seit Jahren die zentrale Ursache des steigenden Krankenstands - gesellt sich nun die Unsicherheit über den Arbeitsplatz. Kürzlich tauchte das bislang geheime „Strategisches Gesamtkonzept“ auf, das massiven Stellenabbau vorsieht. Der schwarze Schilling jagt die roten Zahlen - wie immer soll dies auf Kosten der Beschäftigten gehen.

Statt Neueinstellungen im Zuge der gewerkschaftlich erkämpften Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen, wurde die Leistungsschraube angezogen: Die Arbeit verdrängte sich. Statt die rapide gestiegene Verkehrsmengen durch den Einsatz moderner Maschinen zu bewältigen, müssen die Kolleginnen und Kollegen mit veraltetem, zu wenigen oder ganz ohne Zurechtkommen. Z.B. gibt es im Paketumschlag keine Gabelstaber.

Zuckerprot und Peitsche

Die Menge an Sendungen, die Hetzei und der Ärger, wenn's nicht klappt, zwingt viele Zusteller mit der Knochentarbeit aufzutreten. Es gibt mittlerweile ein Wirrwarr an Sonderzulagen und „Belohnungen“, um den Neid untereinander zu schüren und uns gegeneinander auszuspielen.



ihre da oben . . .

Leistungslohne oben..

Das Wirtschaftsmagazin "Capital" veröffentlichte eine Hitliste der Spitzenverdiener in den Vorstandsetagen deutscher Großkonzerne für 1990. Über eine Million DM im Jahr verdienen die Manager folgender Banken und Konzerne:

- 2,26 Mio. DM Bertelsmann
- 1,7 Mio. DM Daimler-Benz
- 1,68 Mio. DM BMW
- 1,6 Mio. DM Thyssen
- 1,41 Mio. DM VW
- 1,36 Mio. DM Deutsche Bank
- 1,34 Mio. DM Bayer
- 1,2 Mio. DM Hoechst
- 1,19 Mio. DM Drescher Bank
- 1,09 Mio. DM VEB

Diese Herren machen sicherlich viele Überstunden



...und Leistungslohne unten

Die IG Metall hat nachgerechnet, wieviel Sozialhilfe im Vergleich zum Tariflohn einem Metalller mit Frau und zwei Kindern in Heesen zusteht.

Ein Facharbeiter der Lohngruppe 6 erhält 2628,- DM brutto, incl. Leistungszulage. Abzüglich Steuern und Sozialabgaben verbleiben netto 2031,67 DM. An Sozialhilfe würde die Familie (bei 8- und 16jährigem Kind) 1728,50 DM erhalten. Dazu käme die Mithilfe, die für eine durchschnittlich ausgestattete 80qm-Wohnung in Frankfurt-Rödelheim laut Mietspiegel 1263,20 DM incl. Nebenkosten beträgt. Unser Facharbeiter liegt also nur seinem Nettoeinkommen um 780,03 DM unter dem staatlichen Existenzminimum.

Da werden Überstunden fast zur Notwendigkeit. Aber auch bei noch so vielen abgeleiteten Überstunden wird er wohl kaum auch nur in die Nähe eines Millionengehalts im Jahr kommen...

Dienstleistungsangebots für die Kleinkunden.

Medienkampagne gegen die Post

In den letzten Monaten gab es eine gezielte Kampagne von Vorstand und Bundesregierung über ihre Medien, um das Bild der faulen und verwöhnten Postbeschäftigten zu verbreiten. Es ist kein Zufall, daß diese Lügenkampagne zusammenfällt mit den spürbaren Auswirkungen der neuesten Angriffe. Sie wollen die tatsächlichen Ursachen für die Verschlechterung beim Postdienst untersuchen - nämlich die Politik der Bundesregierung und das Missmanagement - und uns Beschäftigten in die Schuhe schieben. Einseitig soll die Unterstützung der Bevölkerung für die berechtigten Forderungen der Gewerkschaften.

Aus dem Arbeitsleben einer Reinigungsfrau

Schlecht bezahlt und unterversorgt

Mit Siglinde Bernhard, Reinigungsfrau aus Kassel, sprachen VORAN-Mitarbeiter Oliver Schütz und Lorenz Blume über ihre Arbeitsbedingungen.

Reinigungstätigkeiten werden fast ausschließlich von Frauen geleistet, doch wie Siglinde Bernhard unserer Zeitung berichtete, heißt dies noch lange nicht, daß sie deswegen leichter sind. Im Gegenteil: In vielerlei Hinsicht sind die Arbeitsbedingungen schlechter als in anderen Bereichen.

8 DM Stundenlohn

Während sie für das „Putzen“ gerade mal 8 Mark die Stunde bekommen, mußte sie z.B. im Pflegeheim eine Menge an unbezahlter Arbeit leisten, die normalerweise von ausgebildeten Pflegekräften zu leisten wäre. So kommt man, wie Siglinde Bernhard erzählt, gar nicht daran vorbei, sich auch noch um die Pflegefälle zu kümmern angesichts der katastrophalen Personalausstattung in den Heimen. Einmal fand sie z.B. einen verletzten Heimbewohner vor der Heizung liegen, dessen Unfallstundenlang nicht bemerkt wurde. „Da kommt man dann nicht drumrum, sich um den Patienten zu kümmern.“ Oft macht sie Erledigungen, Einkäufe für die Heimbewohner, weil diese keine



Chancengleichheit?

Die Auswertung eines Milkozenaus der Essener Bildungsforscher Böttcher und Klemm (laut *Frankfurter Rundschau* vom 29.7.91) brachte u.a. folgendes Ergebnis:

- Von 100 Kindern kommen:
- 10% aus Beamtenfamilien
- 24% aus Familien Selbständiger
- 28% aus Angestelltenfamilien
- 38% aus Arbeiterfamilien

Jedoch von 100 Kindern der jeweiligen Herkunftsguppe gehen aufs Gymnasium:

- 58% aus Beamtenfamilien
- 44,8% aus Familien Selbständiger
- 43,7% aus Angestelltenfamilien
- 11% aus Arbeiterfamilien

wir hier unten

schaft untergraben werden, auf der anderen Seite sollen die Belegschaften vernichtet werden, um noch mehr Leistung aus ihnen herauszupressen.

Die Lügenkampagne der Medien ging auch wie beabsichtigt bei der Bevölkerung auf. Immer öfter klagten Kolleginnen und Kollegen über Sprüche von Kunden wie: „Wieso kommt die Post erst so spät?“, „Ihr bekommt jetzt doch Belohnungen, wenn Ihr nicht mehr ganz so faul seid.“ Und die Lügen und Hetzereien gegen die PostlerInnen werden weiter aufgehen, wenn... ja wenn die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) nicht endlich entschlossen dagegen vorgeht.

DPG muß handeln

Anstatt über enttäuschte Hoffnungen angesichts der „Unvernunft“ des Vor-

standes zu klagen oder sich empört beim Bundeskanzler zu beschwerten, sollte der Hauptvorstand der DPG die Hintergründe und Interessen der jetzigen und geplanten Angriffe erklären. Ohne zimperlich zu sein, mit der Unternehmensregierung, die den Konzern haben die Postroschen direkt in den Rücken hineinprivatisieren will, die den Betrieb auf billige Großkundenversorgung umstellen will, zu Lasten von Privatkunden und Beschäftigten. Um erfolgreichen Widerstand gegen die Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen leisten zu können, müssen so viele Kolleg(inn)en in den kommenden betrieblichen Aktionen so aktiv wie nur möglich werden - und darüber hinaus. Noch zu häufig wird die Gewerkschaft als ein Automat verstanden, wo oben die Beiträge reih- und unten der Tarifvertrag rauskommt. Gewerkschaftsfunktionäre oben können laue Kompromisse eingehen, weil es ihre Stellung und Bezüge nicht berührt - aber wir können uns das nicht mehr leisten!

Jens Breuß, Hamburg
DPG-Mitglied

anderen Bezugspersonen haben als ihre „Putzfrau“.

Als Frau eines Schichtarbeiters, der mit seinem Lohn knapp über dem Existenzminimum liegt, ist sie gezwungen, nutzuarbeiten. Diese Notlage wird von privaten Reinigungsfirmen ausgenutzt. Um Sozialabgaben zu sparen, drücken sie die Frauen bewußt unter die 480,- DM-Freibetragsgrenze. Oft müssen die Frauen die Adressen ihrer Verwandten, Schwester, Tante angeben, um so über 1000,- verdienen zu können, ohne daß die Firmen für sie Versicherungsabgaben zahlen müssen.

Privatisierung

Für diese mißse Bezahlung wird maximale Leistung aus Ihnen herausgepreßt. Die in einer bestimmten Zeit zu putzenden Quadratmeterzahlen sind in den letzten Jahren so in die Höhe gegangen, daß man nur noch 2-3 Jahre durchhält, meint Siglinde Bernhard. Besonders schlimm ist es dann,

Dafür kämpft VORAN:

- Steuerreform mit dem Ziel der Abschaffung aller indirekten Steuern auf den Massenverbrauch und Steuerprivilegien für die Reichen; einfaches Steuersystem mit direkter, einkommensbezogener Besteuerung bei starker Progression (d.h. höhere Belastung der Großverdiener).
- Ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des öffentlichen Personennahverkehrs bei Nulltarif, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Umweltschutzmaßnahmen.
- Arbeit für alle. Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als Einstiegslohn in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Staat Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe im Westen und Billiglöhne im Osten; Garantertes Mindesteinkommen (einschließlich Renten) von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahre.
- Ersatzlose Streichung des §218; kostenlose Verhütungsmittel; hundertprozentige qualifizierte Versorgung mit staatlichen Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Kinder zum Nulltarif.
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in Deutschland lebenden Menschen ab 16 Jahren. Hände weg vom Asylrecht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplätzen für die Beschäftigten.
- Keine Privatisierung staatlicher Betriebe in Ost und West; Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen im Westen; Demokratische Verwaltung der staatlichen Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. 1/3 Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiternlohn.
- Statt kapitalistischer Verschwendung und bürokratischer Mißwirtschaft: für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt.
- Keine Untordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Startdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Die SPD muß die arbeitende Bevölkerung für ein solches Programm mobilisieren.
- Ein sozialistisches Deutschland wäre ein erster Schritt zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten.

VORAN

Inhalt
SPD in Aachen
diskriminiert
Asylbewerber
Seite 2

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschafter

Nr. 133 - September 1991

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Asylbewerber als Sündenbock

Kampf gegen Kohl - nicht gegen Flüchtlinge

Im Augenblick schlägt die Asyldebatte wieder einmal hohe Wellen. Von CSU bis SPD sind sich alle einig, „daß irgendetwas getan werden muß“. Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit sind angeblich erreicht.

Wie sieht die „Asylantenflut“ (eine Wahlkampffindung der CDU von 1986) wirklich aus? Für 1991 werden 220.000 Asylbewerber erwartet. Die Anerkennungssquote ist inzwischen auf 3% gesunken. Sie lag früher etwa doppelt so hoch. Sind nun die restlichen 97% die berüchtigten „Scheinasylanten“? Nein. Zwar wurden seit 1949 nur 126.000 Flüchtlinge als politisch verfolgt und damit als asylberechtigt anerkannt, 270.000 weitere sogenannte de-facto-Flüchtlinge werden jedoch geduldet, da sie nach den Richtlinien der Vereinten Nationen nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden dürfen.

Nach Auffassung deutscher Gerichte werden z.B. die Kurden in der Türkei nicht als Volksgruppe politisch verfolgt. Es sind schon Menschen abgeschoben worden, denen nach der Rückkehr Folter und Gefängnis drohte. Das erscheint besonders zynisch, wenn man auf der anderen Seite sieht, wie das NATO-Land Türkei unter Duldung der westlichen Bündnispartner seinen blutigen Krieg gegen die Kurden im eigenen Land führt.

„Gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge?

Die größte Flüchtlingsgruppe sind die deutschstämmigen Auswanderer aus Osteuropa (1990 fast 400.000, für 1991 werden ca. 220.000 erwartet), die nach Art. 116 des Grundgesetzes sofort eingebürgert werden. Hier scheint Kanzler Kohl kein Problem zu sehen. Er



BRD auch ohne einen einzigen Flüchtling „voll“ - wenn man der Logik der Marktwirtschaft folgt. Über 2,5 Millionen Wohnungen fehlen. 3 Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos.

1960 wurden noch 360.000 Sozialwohnungen jährlich gebaut. Heute ist der Bau von 120.000 Sozialwohnungen jährlich vorgesehen, eine Steigerung auf 200.000, wie sie vom Deutschen Mietbund gefordert wird, wurde von der Wohnungsbauministerin Adam-Schwaetzer für unrealistisch erklärt. Für den Wohnungsbau sind im Staatshaushalt nur 2,5 Mrd. DM vorgesehen, für die Bundeswehr dagegen 55 Mrd. DM, 31 Milliarden beträgt die geplante Unternehmenssteuerentlastung, während gleichzeitig über weitere Steuererhöhungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung nachgedacht wird.

Wir fordern:

- * Hände weg vom Asylrecht. Schluss mit den Abschiebungen.
- * Abschaffung aller diskriminierenden Ausländergesetze. Bleiberecht für alle Zuwanderer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern. Wählerrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen.
- * Billiger Wohnraum für alle durch ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Enteignung von Spekulantenn. Verbot von Maklern, stattdessen kostenloser kommunale Wohnungsvermittlung.
- * Arbeit und qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für alle, volle Arbeitslosenversicherung für Asylbewerber. Garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahren.
- * Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- * Keine Unterstützung von Regimes, die durch Unterdrückung der Bevölkerung für Massenflucht sorgen, z.B. der Türkei.
- * Unterstützung des Kampfes der Arbeiter und Bauern weltweit gegen die Ausbeutung durch die kapitalistischen Industriestaaten.
- * Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne in den Industriestaaten unter demokratischer Kontrolle der Arbeitnehmer und Gewerkschaften als Grundlage für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung, die alle Kräfte für die Beseitigung von Not, Umweltzerstörung und Kriegen einsetzen kann.

Fluchtursachen beseitigen!

„Ist das Boot voll?“ Ein unwiderlegbares Argument: 50, 100, 200 Millionen - irgendwo wäre sicher eine objektive Grenze erreicht. Außerdem wollen wir

So viele Menschen kamen 1990 in die BRD Deutschland

Land	Anzahl
Iran	112
Afghanistan	83
Bulgarien	221
Polen	221
Vietnam	221
Libanon	221
Türkei	221
Jugoslawien	221
Rumänien	221
Andere Länder	55

außerdem: Blinnenwanderung von 350.000 Deutschen in die alten Bundesländer (Schätzang)

© Globe 1991

ja auch, daß kein einziger Mensch gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen. Und hier schließt sich der Kreis: Ein Großteil der oben genannten 670 Milliarden ist Produkt der Ausbeutung der „3. Welt“ durch die Industriestaaten. Wegen der Schuldenlasten an westliche Banken und der in den 80ern mehrfach gesunkenen Rohstoffpreise fließt seit 1984 mehr Geld aus der „3. Welt“ in die Industrieländer als umgekehrt. Die Einführung der Marktwirtschaft in Osteuropa führt vom stalinistischen Regen in die Traufe lateinamerikanischer Verfallnisse.

Einheit der Arbeitnehmer

Die SPD-Führer sollen diese Tatsachen erklären, anstatt die Scheinlösungen der Rechten zu unterstützen, doch nur der Spaltung zwischen Arbeitern und Deutschen Vorschub leisten. SPD und Gewerkschaften sollten für die volle rechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer und für Arbeit jeden bei voller tariflicher Bezahlung kämpfen. Andernfalls können die Zuwanderer als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker mißbraucht werden.

Zustrom aller Welt

Wenn die vorhandenen Kapazitäten des Westens (industrielle Kapazitäten des Westens) genutzt würden, müßte kein Mensch auf der Welt hungern, arbeitslos oder obdachlos sein. Daß geht aber auf der Grundlage einer Weltwirtschaftsordnung, die sich nicht im Profitinteresse verweilt, sondern die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung bestimmt wird.

Die SPD-Führer sollen diese Tatsachen erklären, anstatt die Scheinlösungen der Rechten zu unterstützen, doch nur der Spaltung zwischen Arbeitern und Deutschen Vorschub leisten. SPD und Gewerkschaften sollten für die volle rechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer und für Arbeit jeden bei voller tariflicher Bezahlung kämpfen. Andernfalls können die Zuwanderer als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker mißbraucht werden.

Die Binnenwanderung von Ost nach Westdeutschland, 1989 und '90 bei ca. 350.000, nimmt 1991 noch deutlich zu - trotz bzw. wegen Einführung d. Marktwirtschaft.